

Verkehrsunfälle mit Radlern

(red) Am Dienstag, gegen 16.55 Uhr, wollte eine 22-Jährige im Innenweg mit ihrem Auto aus einer Parkstelle herausfahren. Sie überfuhr eine entgegen der Fahrtrichtung verkehrende 52-jährige Radfahlerin auf dem Radweg und stieß mit ihr zusammen. Die Radlerin wurde leicht verletzt und musste in ein Krankenhaus gebracht werden. An dem Auto entstand ein Sachschaden im vierstelligen Eurobereich, an dem Fahrrad kein sichtbarer Schaden, heißt es im Polizeibericht.

Ein weiterer Unfall mit einem Fahrrad ereignete sich um 17.20 Uhr in der Bahnhofstraße. Ein 49-jähriger Autofahrer wollte, von der Luitpoldstraße kommend, nach rechts zum Bahnhofsplatz abbiegen. Dabei übersah er einen 49-jährigen Radfahrer, der auf dem Radweg von der Bahnhofstraße Richtung Bahnhofsbrücke unterwegs war. Durch den Zusammenstoß kam der Radfahrer zu Sturz, wurde leicht verletzt und anschließend in ein Krankenhaus gebracht. An dem Auto entstand ein Sachschaden im dreistelligen Eurobereich.

ZEIGE

niederbayern TV
Landshut

Was tun bei Sonnenbrand?
- Wir fragen nach.

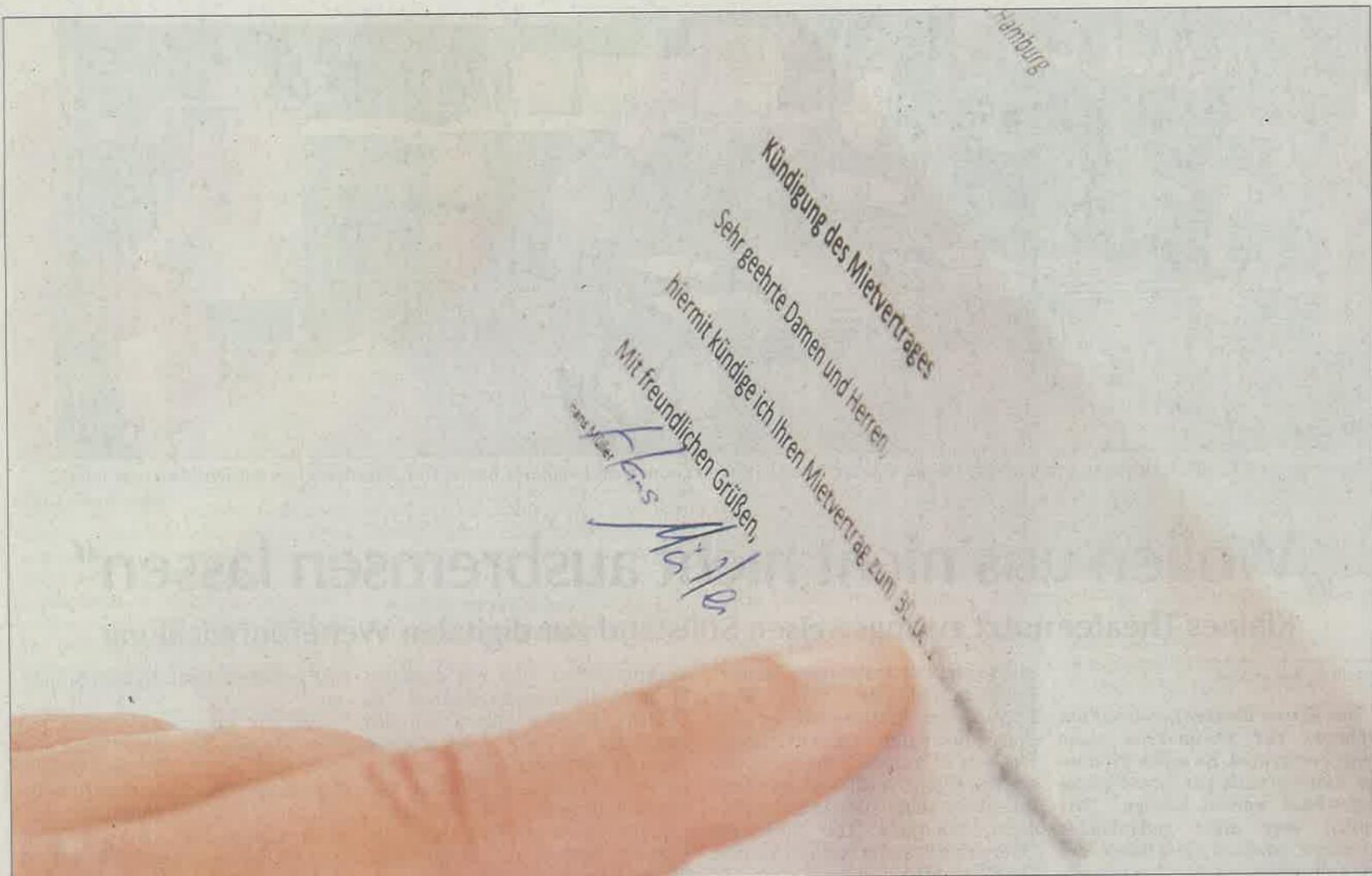
Was tun am Wochenende?
- Wir haben Tipps für Sie.

Empfangen Sie niederbayern TV 24 Stunden über Satellit.
Die Senderkennung lautet **Niederbayern HD**
Mehr Infos unter <https://landshut.niederbayern.tv/>

Anrufe von falschen Polizeibeamten

(red) Im Verlauf der letzten beiden Tage kam es im Stadtgebiet zu Anrufen von falschen Polizeibeamten. Mit den Hinweisen, man hätte die Personalien der Angerufenen in unmittelbarer Nähe bei Verdächtigen gefunden, wollten die falschen Polizeibeamten Informationen bei den Angerufenen erschleichen. Glücklicherweise erkannten die Angerufenen sehr schnell den wahren Grund und legten auf.

Die Polizei warnt nochmals vor diesen Betrügnern und bittet darum, niemals Informationen über finanzielle Verhältnisse am Telefon preisgeben. Die Polizei fordert niemals Geldbeträge oder Wertgegenstände am Telefon ein. Im Zweifel sollen Angerufene immer die echte Polizei unter der Notrufnummer 110 anrufen. Die Polizei selbst ruft niemals von der Telefonnummer 110 an.



Der Mieterverein sagt: Menschen ohne Rücklagen könnten schon in den nächsten Monaten auf der Straße stehen.

Foto: Christin Klose/dpa

Mieterverein: „Wir haben es befürchtet“

Coronabedingter Kündigungsschutz für Mieter wird nicht über 30. Juni hinaus verlängert

Die Bundesregierung hat den coronabedingten Kündigungsschutz über den 30. Juni hinaus nicht verlängert. Der Mieterverein Landshut reagiert bestürzt. Die Hoffnung beim Mieterschutzverein Landshut, dass der Bund den Kündigungsschutz für Mieter um drei Monate verlängert (die LZ berichtete), war bis zuletzt da. Die LZ hat beim Vorsitzenden des Mietervereins Landshut, Fachanwalt Oliver Wunsch, nachgefragt, wie er die Situation einschätzt.

LZ: Herr Wunsch, droht jetzt insgesamt eine Kündigungswelle?

Oliver Wunsch: Nachdem der Corona-Kündigungsschutz letztendlich – zumindest was Wohnraummietverhältnisse anbelangt – die Ärmsten schützen sollte, befürchte ich tatsächlich eine deutliche Zunahme von Kündigungen, die auf Zahlungsverzug beruhen. Die finanziell Schwachen sind von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie ohnehin am stärksten betroffen, weswegen diese Befürchtung sicherlich nicht unberechtigt ist. Menschen ohne finanzielle Rücklagen könnten schon in den nächsten Monaten auf der Straße

stehen. Auch die Beantragung von Wohngeld kann hierbei unter Umständen nicht ausreichen, da zum einen die realen Wohnkosten nicht abgedeckt werden, zum anderen das Wohngeld Monate im Voraus beantragt werden müsste.

Wie ordnet der Mieterverein Landshut die Entscheidung der Bundesregierung ein und kommt sie nicht ein wenig kurzfristig?

Wir sind natürlich bestürzt, obgleich ich die Entscheidung der Bundesregierung befürchtet habe, nachdem auch in der letzten Woche keine positiven Signale aus Berlin kamen. Das Kündigungsschutzgesetz für Mietverhältnisse hatte den Sinn, den Verlust von Wohn- und Gewerberäumen zu vermeiden. Aus meiner Sicht ist es naiv zu glauben, dass die Mieter finanziell „über den Berg sind“, weswegen ich die Entscheidung der Bundesregierung nicht im Ansatz nachvollziehen kann. Man muss sich auch vor Augen halten, dass dieses Gesetz weder einen Erlass von zu zahlenden Mieten, noch ein Moratorium, also einen Zahlungsaufschub bedeutete, sondern schlicht und einfach der existenzbedrohenden Gefahr einer



Oliver Wunsch

Foto: privat

Kündigung mit dem hierin verbundenen Verlust von Mieträumen entgegenwirken sollte. Und ganz nebenbei: Den Staat, der derzeit mit Milliarden für etliche Hilfspakete nur so um sich wirft, hätte die Verlängerung dieses Gesetzes um läppische drei Monate keinen einzigen Cent gekostet. Hingegen dürfte der volkswirtschaftliche Schaden bei Verlust von Wohnungen oder Gewerberäumen mit den hierdurch entstehenden Folgekosten durchaus

messbar sein. Durch diese Handlungsweise gibt man zumindest die sozial schwachen Mieter „zum Abschluss frei“. Für mich ist diese politische Entscheidung eine Säuerei, die auch unter Berücksichtigung der berechtigten Vermieterinteressen in dieser besonderen Ausnahmesituation, für die die Mieter rein gar nichts können, nicht gerechtfertigt ist.

Der Deutsche Mieterschutzbund fordert eine sofortige Einrichtung eines „Sicher-Wohnen-Fonds“, um sowohl Mieter als auch Vermieter, die von Corona in ihrer wirtschaftlichen Existenz hart getroffen worden sind, zu schützen. Wie steht der Mieterverein Landshut zu diesem Vorschlag?

Jede Maßnahme, die sicherstellt, dass Menschen insbesondere ihre Wohnung nicht verlieren, wird vom Mieterverein begrüßt. Im Gegensatz zum Kündigungsverbot würde aber ein solcher Fonds Milliarden kosten, wobei ich mir nicht sicher bin, ob hierfür die Lobby der Mieter ausreicht.

Das Interview führte Ingmar Schweder